

## Antrag Nr. 4

Antragsteller: Bezirksvorstand

Für mehr Kompetenz und Präsenz der Polizei in der Fläche

Der SPD-Bezirksparteitag setzt sich für eine Innen- und Sicherheitspolitik in Niedersachsen ein, die sich an den **regional unterschiedlichen Lebensrealitäten** der Menschen orientiert.

Gerade in unserer heutigen Zeit ist das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger ein hohes Gut. An ihm misst sich auch das Vertrauen, dass die Menschen ihrem Staat, seinen Vertreterinnen und Vertretern und seiner Verfassung entgegenbringen und damit auch denjenigen, die mit ihrer Arbeit die Einhaltung unserer Rechtsordnung zu gewährleisten haben.

Es darf nicht vom jeweiligen Wohnort oder von den Prioritäten in der Finanzplanung einer Landesregierung abhängen, ob sich die Menschen in ihrem Lebensumfeld von ihrem Staat geschützt fühlen.

Diesem Anspruch ist die Polizeireform der CDU/FDP in Niedersachsen mit ihrem **Zentralisierungskurs** nicht gerecht geworden.

Die Besonderheiten der Polizeiarbeit im ländlichen Bereich wurden dabei nicht ausreichend berücksichtigt.

Anders als in Großstädten finden wir im ländlichen Raum **besonders gewachsene Strukturen** im Zusammenspiel zwischen Bürger, Polizei und Staatsanwaltschaft vor, die das **Sicherheitsgefühl** der Menschen kompensieren, auch dann, wenn die nächste Polizeistation einige Kilometer entfernt ist.

Durch die Zusammenlegung von Polizeiinspektionen und die Bündelung (und damit Reduzierung) von Kernkompetenzen an wenigen zentralen Stellen kommt es in der praktischen Arbeit der Polizei immer wieder zu **Reibungsverlusten**.

Antragskommission:

46 Die geplante Veränderung der **Leitstellenstruktur** in Weser-  
47 Ems darf nicht dazu führen, die entstandenen Verunsiche-  
48 rungen bei den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei den  
49 vielen Frauen und Männern in der Polizei, der Feuerwehr und  
50 den Rettungsdiensten, noch zu vergrößern.

51  
52 Die Zuordnungen zu den einzelnen Polizeipräsidien und die  
53 Zuschnitte der Polizeiinspektionen sind so zu verändern, dass  
54 sie die **historisch gewachsenen Strukturen in Weser-Ems**  
55 und gerade auch in den Bereichen der Feuerwehr und der  
56 Rettungsdienste berücksichtigen.

57  
58 Es darf zukünftig keinen Flickenteppich von **regional unter-**  
59 **schiedlichen Zuständigkeiten** bei Polizei, Feuerwehr, Ret-  
60 tungsdienst und Staatsanwaltschaften mehr geben.

61  
62 Auch in den ländlich strukturierten Bereichen müssen orts-  
63 nah **kompetente Ansprechpartner** für die Bereiche Verkehr,  
64 Umwelt, Jugend und Prävention bei der Polizei zur Verfügung  
65 stehen.

66  
67 Die Neustrukturierung von Leitstellen muss sicherstellen,  
68 dass im Einsatzfall örtliche Zusammenhänge und damit der  
69 Rückgriff auf örtlich vorhandenes Wissen gewahrt bleiben.

70